

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

10.11.1930 (No. 262)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3615

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Gebotstel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Weiterleitung und Kontaktsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Übersetzung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umlauf oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Wahlergebnis in Oesterreich Keine große Veränderung

Wien, 10. Nov. (Tel.). Nach den Ermittlungen der Hauptwahlbehörde stellt sich das Endergebnis der gestrigen Wahlen folgendermaßen dar:

Die Sozialdemokraten erhalten 72 Mandate (71), die Christlich-Nationalen 66 (73) Mandate einchl. Heimwehr bzw. Heimatwehr, der nationale Wirtschaftsbund und Landbund, der die frühere Großdeutsche Partei und den Landbund umfaßt, 19 (12 und 9) Mandate, und der Heimatsblock, der früher keinen Kandidaten aufgestellt hatte, 8 (0) Mandate.

Wenn auch die Resultate bereits in dem Gesamtergebnis der Wahlen eingerechnet sind, erfolgt die Verteilung der Mandate erst nach Verhandlungen innerhalb der einzelnen Parteien im Laufe der nächsten Woche. Innenminister Fürst Starhemberg dürfte sicher ein Mandat erhalten, beglückwünscht Justizminister Hueber, der ebenfalls noch ohne Mandat ist. Die Nationalsozialisten, die keinen Sitz im Nationalrat errangen, erhielten in ganz Österreich fast 100 000 Stimmen.

Von den Parteien, welche keine Mandate erhielten (weil sie in keinem Wahlkreis ein Grundmandat errangen), entfielen auf die Nationalsozialisten in ganz Österreich 99 356, auf die Kommunisten 20 691, auf die Österreichische Volkspartei 14 987, auf die Demokratische Mittelpartei 6719, auf die jüdische Partei 2134, auf die Kaiserliche Volkspartei 157 und auf die Nationaldemokraten 54 Stimmen.

Ein Vergleich der Gesamtziffern der österreichischen Wahlen mit denen der letzten Wahlen ergibt: Insgesamt wurden sozialistische Stimmen abgegeben 1 623 070 gegenüber rund 1 560 000 im Jahre 1927, bürgerliche Stimmen 1 645 881 gegenüber rund 1 980 000 im Jahre 1927. Das ergibt für die Sozialisten eine Zunahme von etwa 73 000, für die Bürgerlichen eine Abnahme von etwa 335 000 Stimmen. Die starke Abnahme der bürgerlichen Stimmen wird mit der geringeren Wahlbeteiligung und der größeren Anzahl ungültiger Stimmen erklärt. In Wien betrug die Zahl der abgegebenen nationalsozialistischen Stimmen 23 938, der kommunistischen 51 591.

In Wien waren 45 Nationalratsmandate zu besetzen. Davon erhalten die Sozialdemokraten, wenn man 3 Bestimmenmandate einrechnet, 30, gegenüber 29 im Jahre 1927. Auf die Christlichsozialen und Heimwehren fallen, wenn 3 Bestimmenmandate eingerechnet werden, 11 Mandate, gegenüber 14 im Jahre 1927, auf den Nationalen Wirtschaftsbund und Landbund (3 Bestimmenmandate eingerechnet) 4, gegenüber 2 Mandaten 1927.

Über den ziemlich komplizierten Parteienaufmarsch zur Wahl gibt folgende kurze Darstellung eine Übersicht:

In den Wahlkampf traten 10 Parteien, die sich untereinander wieder in Blöcke und Fronten gruppieren. Die Christlichsoziale Partei, unter Führung Vauginos und Seipels, hatte sich auf ihrer Parteitagung die Zusatzbezeichnung „und Heimatwehr“ gegeben. Die Heimatwehren selbst bildeten einen selbständigen Block mit eigenen Wahllisten, u. a. mit Innenminister Fürst Starhemberg und dem Justizminister Hueber. Die Christlichsoziale Partei hatte die abgepaltenen Heimwehren an sich gezogen. Mehr solcher Kandidaten waren auf der christlichsozialen Liste die besten Plätze gesichert, so daß die große katholische Partei, wenn sie von ihrer früheren Mandatszahl verlieren sollte, doch wieder durch ihre Heimwehrenhängler auf den alten Stand zu kommen hoffte. Die dritte Partei, der Nationale Wirtschaftsbund und Landbund, der Schöber-Block, auch Block der Mitte genannt, enthält aber durchaus nicht alle Mittelparteien. Vereinigt sind in ihm neben den Großdeutschen und dem Landbund nur die Wirtschaftspartei und diejenigen Nationalsozialisten, die von Hitler nichts mehr wissen wollen (die sogenannte Schulz-Gruppe). Die Demokratische Mittelpartei war eine weitere Liste. Dann als große Partei die Sozialdemokratie. Ferner als weitere Parteien die Nationalsozialisten (Hitler-Partei), die Kommunisten, die Österreichische Volkspartei (Reinrentner), die Jüdische Partei (Bionisten) und die schwarzgelbe Kaiserliche Volkspartei.

Endgültige Wahlziffern in zwei Tagen

Wien, 10. Nov. (Tel.). In maßgebenden parlamentarischen Kreisen verlautet über den weiteren Fortgang nach den vollzogenen Nationalratswahlen folgendes: Es wird noch etwa zwei Tage dauern, bis die endgültigen Wahlziffern und die Aufteilung in Bestimmenmandaten mit Sicherheit feststehen.

Unterdessen werden Vorbereitungen für die Einberufung des Nationalrates getroffen, wofür eben die Voraussetzung ist, daß sich die parlamentarischen Parteien bis dahin endgültig konstituiert und ihre Entschlüsse gefaßt haben. Nach der Verfassung und der Geschäftsordnung ist vorher weder eine Vorstellung der Regierung noch die Vorlage eines Regierungsentwurfes oder die Unterbreitung eines Initiativantrages möglich. Nach Konstituierung des Nationalrates wird sich die Regierung dem neuen Haus vorstellen. Aber es ist selbstverständlich, daß vorher schon Klarheit geschaffen wird, welche Aufgaben die gegenwärtige Regierung durchzuführen soll oder ob irgendeine Umbildung bevorsteht.

Der neue steirische Landtag

Wien, 10. Nov. (Tel.). Zugleich mit den Nationalratswahlen wurde gestern der steirische Landtag gewählt. In dem ersten Ermittlungsverfahren erhielten die Christlich-So-

Letzte Nachrichten

Etatsberatung im Reichsrat

Berlin, 10. Nov. (Tel.). In den vereinigten Ausschüssen des Reichsrates begann am heutigen Montag die Etatsberatung. Zunächst wurden der Haushalt für Versorgungs- und Ruhegehälter und der Etat des Reichssparnkommissars erledigt. Dann nahmen die Ausschüsse den Etat der Reichsschulden in Angriff. Auf der Tagesordnung stehen noch die Haushalte des Finanzministeriums und des Innenministeriums. Der Dienstagvormittag soll wegen der preussischen Kabinettsitzung frei bleiben. Am Dienstagnachmittag wird der Etat des Reichsarbeitsministeriums beraten werden. Die zweiten Lesungen der Deckungsvorlagen können infolgedessen erst am Mittwoch beginnen.

Verwaltungsratsitzung der B.Z.

Wien, 10. Nov. (Tel.). Der Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich trat heute um 11 Uhr unter dem Vorsitz seines Präsidenten Mac Garrah zu der üblichen Monatsitzung zusammen. An ihr nahmen deutscherseits Reichsbankpräsident Dr. Lutzer und Bankier Melchior teil.

Die belgischen Sozialisten zur Außenpolitik

Brüssel, 10. Nov. (Tel.). Der Parteitag der belgischen Sozialisten beschäftigte sich außer mit wirtschaftlichen Fragen auch mit der Gefahr eines neuen Krieges. Es wurden auch die Projekte der belgischen Regierung zur Landesverteidigung besprochen. Es ging schließlich folgende Stellungnahme der belgischen Sozialisten hervor: Der Weg zur Revision des Versailleser Vertrages sei im Vertrag selbst vorgezeichnet; man müsse auf diesem Wege für die Revision kämpfen.

Vom „Do X“

Amsterdam, 10. Nov. (Tel.). Das Flugboot Do X ist um 10.05 Uhr aufgefliegen und hat Amsterdam verlassen. Bis 10.30 Uhr kreuzte es in majestätischem Flug über der Zuider See.

Nach einem Flug über der Zuider See ist das Flugboot bei der Pampusinsel, wie es heißt wegen eines Motordefekts, auf das Wasser niedergegangen. Um 11.45 Uhr (Amst. Zeit) gelang es der Maschine, wieder aufzusteigen. Sie kreuzte um 12 Uhr über der Stadt Amsterdam.

Amsterdam, 10. Nov. (Tel.). Do X hatte am Sonntag wegen der ungünstigen Witterung den Start nach England wiederum verschoben. Der Konstrukteur des Do X und der technische Leiter der Dornier-Werke, Dr. Claudius Dornier, erklärten in einer Interredung, die sich hauptsächlich mit der mehrmaligen Verschiebung des Starts befaßte, daß den Dornier-Werken sowohl auf dem Fluge nach England wie auch auf dem weiteren europäischen Stappensflug die unbedingte Sicherheit der von ihnen eingeladenen Passagiere über alles gehe. Der Do X nehme bei seinem Flug nach England 19 Passagiere mit, für deren Wohlergehen sich die Dornier-Werke verantwortlich fühlten. Die Deutsche Seewarte in Hamburg habe ausdrücklich von einem Start abgesehen. Zudem handle es sich bei der jetzigen europäischen Route nicht um eine Rekord-, sondern um eine Propaganda- und Vorführungsfahrt, bei der einige Tage mehr oder weniger keine Rolle spielen.

Der Koffer des Kuriers

Paris, 10. Nov. (Tel.). Der „Matin“ berichtet, daß ein diplomatischer Kurier der italienischen Botschaft, der zwischen Rom und Paris reiste, seinen Koffer in einer Autodrochse vergessen habe, als er mit dem Kuriergepäck nach der italienischen Botschaft in Paris fuhr. Nach einer anderen Meldung soll der betreffende Koffer inzwischen wieder aufgefunden worden sein.

16 Mandate, die Sozialdemokraten 15, nationaler Wirtschaftsbund und Landbund (Schöber-Block) 6, Heimatblock 4 Mandate, 7 Bestimmen. Vorbehaltlich der endgültigen Überprüfung des Wahlergebnisses für den Landtag wird sich unter Berücksichtigung des zweiten Wahlermittlungsverfahrens der steirische Landtag folgendermaßen zusammensetzen: 17 Christlich-Soziale (1927: 17), 17 Sozialdemokraten (21), 8 Nationaler Wirtschaftsbund und Landbund (Schöber-Bund), (1924: Landbund 9), 6 Heimatblock.

Der neue kärntner Landtag

Klagenfurt, 10. Nov. (Tel.). Der kärntner Landtag setzt sich nach den gestrigen Neuwahlen wie folgt zusammen: Sozialdemokraten 15 (1927: 16) Nationaler Wirtschaftsbund und Landbund (Schöber-Block) 8 (gegen 12 Mandate des Landbundes und 4 der Großdeutschen im Jahre 1927), Christlich-Nationale 6 (6), Heimatblock 3, Nationalsozialisten 2 (1), Partei der Kärntner Slowenen 2 (2), Kommunisten 0 (0).

Der burgenländische Landtag

Eisenstadt, 10. Nov. (Tel.). Die gestrigen Wahlen zum burgenländischen Landtag brachten folgende Ergebnisse: 14 Christlich-Soziale, 13 Sozialdemokraten, 5 Kandidaten Schöber-Block. Gegenüber der letzten Zusammenfassung ist die Lage infolgedessen unverändert, als die früheren Landbündler jetzt dem Schöber-Block angehören.

Die Städte zum Sanierungsprogramm Gegen überhöhte Gewinnspannen bei Lebensmitteln

Der Vorstand des Deutschen Städtetages beschäftigte sich am Samstag in Berlin mit dem Sanierungsprogramm und den vorliegenden Gesetzentwürfen. Über die Verhandlungen berichtete in einer Pressebesprechung der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert:

Die deutschen Städte erkennen die Not des Reiches und werden Reichsregierung und Reichstag bei allen Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, die Schwierigkeiten zu beseitigen oder wenigstens zu erleichtern. Die Städte weisen jedoch darauf hin, daß die Regierungsvorschläge die Gemeinden leider unberücksichtigt lassen. Die Städte werden, während das Sanierungsprogramm eine Soforthilfe für die Kommunen nicht vorsieht, ihre eigenen Maßnahmen mit um so größerem Nachdruck fortsetzen, die eine scharfe Drosselung der fälschlichen Ausgaben für den Rest des Rechnungsjahres, rücksichtslose Einsparungen für 1931, noch weitere Einschränkung aller nicht dringlichen Aufgaben und eine Befähigung der Kommunen zur Inanspruchnahme städtischer Wohlfahrtsmittel vorsieht. Alle Einnahmemöglichkeiten werden ausgeschöpft, insbesondere müssen die Steuern der Reichsnotverordnung ausgenutzt werden. Dennoch werden die Gemeinden ohne sofortige Maßnahmen des Reiches und der Länder mit großen drohenden Schwierigkeiten nicht fertig werden können.

Im Zusammenhang mit der begonnenen Preis- und Lohnsenkung ist die baldmöglichste Herabminderung auch des Gehalts der öffentlichen Beamten, die für die Kommunen 120 Millionen Reichsmark jährliche Einsparung bedeutet, im Wege des Gesetzes unerlässlich. Die Senkung der Preise wird zum Prüffstein für die Wirtschaft. Gerade bei den wichtigsten Lebensmitteln ist vielfach eine überhöhte und unberechtigte Gewinnspanne festzustellen. Die bisher durchgeführten Untersuchungen über die Preisentwicklung bei Brot, Kartoffeln, Fleisch und Kohle haben ergeben, daß die Spanne zwischen Herstellungskosten und den Kleinverkaufspreisen sich in den einzelnen Städten außerordentlich verschieden entwickelt hat. Hier werden sich die Stadtverwaltungen mit größter Energie einsetzen. Durch örtliche Verhandlungen ist auf eine rasche Verringerung der Spannen nachdrücklich hinzuwirken. Es leuchtet ein, daß Verschiedenheiten in der Bruttoverdienstspanne der Bäcker, die von Stadt zu Stadt mehr als 100 Proz. betragen, die Angemessenheit der gegenwärtigen Preisstellung für Brot stark in Frage stellen. Ebenso ungerechtfertigt ist es, daß bei Fleisch und Kartoffeln wie bei Kohlen die Steigerung der Verdienstspanne ganz beträchtlich über der Erhöhung des Lebenshaltungsindex liegt. Bei einem Rückgang des Großhandelsindex für Agrarstoffe um 15 Proz. seit Oktober vergangenen Jahres sind die Kosten für die Nahrungsmittel im Kleinhandel (Ernährungsindex) nur um 9 Proz. geringer.

Zum Entwurf eines Gehaltskürzungsgesetzes wird seitens des Städtetages gefordert, daß die dadurch erzielten Einsparungen der Gemeinden in vollem Ausmaß den Gemeinden bzw. den Anstaltungsverwaltungen zufließen müssen. Es erscheint zweckmäßig, auch die Dauerangestellten der öffentlichen Körperschaften einzubeziehen. Das Gesetz über die Einschränkung des Personalaufwandes enthält Vorschriften über eine Schematisierung der Besoldung und für eine neue Nachprüfung, wogu nach den landesgesetzlichen Bestimmungen keinerlei Anlaß vorliegt, und die nur geeignet sind, in die kommunale Beamtenenschaft unnötige Beurlaubungen hineinzutragen.

Das Sanierungsprogramm sieht die Abtrennung von 400 Millionen Hauszinssteuermitteln vor. Diese Kürzung der Wohnungsbaubeiträge ist nach Ansicht des Deutschen Städtetages unmöglich. Eine derartige Drosselung des Wohnungsbaues, des Schlüsselgewerbes der deutschen Wirtschaft, käme auf eine unerträgliche Neubelastung des Arbeitsmarktes hinaus. Die Hauszinssteuer für den Wohnungsbau muß dem örtlichen Aufkommen entsprechend zur Verwendung gelangen. Art und Ausgestaltung der Wohnungen sind der Gesamtlage anzupassen. Die Weiterführung der Gemeindefinanzwirtschaft ist überhaupt nur möglich, wenn die volle Beweglichkeit der Einnahmegerüstung gesichert wird. Hierzu gehört vor allem auch die Einführung des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer schon zum 1. April 1931 (nicht erst zum 1. April 1932, wie es das Sanierungsprogramm vorsieht), wobei gleichzeitig die Bürgersteuer umgebaut werden könnte. Auf diese Weise wird am besten die Überlastung der Realsteuern vermieden.

Das sogenannte Pfandgesetz ist für die Gemeinden undistutabel, solange die Zahl der Wohlfahrtsdienstlosen nicht begrenzt werden kann. Die Zahl der Wohlfahrtsdienstlosen bedroht schon in diesem Rechnungsjahr die städtischen Haushalte auf das schwerste. Die Reichsregierung rechnet mit einer Zahl von 700 000 bis 800 000, der Städtetag mit etwa 900 000 zum 31. März 1931. Das bedeutet eine Mehrbelastung gegenüber den Voranschlägen um etwa 200 Millionen Reichsmark, für die weder durch die Steuern der Reichsnotverordnung, noch durch neue Realsteuern, noch durch die Tarife der städtischen Werke eine Deckung möglich ist. Die immer wieder geforderte Neuregelung der Krisenfürsorge und die Übernahme des Gemeindefinanzlasten auf das Reich muß sofort geschehen, wenn nicht die Gemeinden in die größten Schwierigkeiten geraten sollen.

Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates beendeten am Samstag die erste Lesung der Tabaksteuervorlage der Reichsregierung. Eine zweite Lesung wird am Samstag, den 15. November, stattfinden.

Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie Stufenweise Lohnsenkung

Bei Fällung des am Samstag bekanntgegebenen Schiedspruches in der Berliner Metallindustrie haben die Schlichter erwogen, ob die Lohnsenkung nicht in eine feste Beziehung zu der Entwicklung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, gebracht werden könnte. Die Verwirklichung dieses Gedankens scheiterte indes an der Unmöglichkeit seiner allgemeinen Durchführung. Bezüglich des Ausmaßes der Lohnsenkung wurde erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelpreise sich erst auswirken muß, um sich auf die Lohnsenkung in voller Höhe einzustellen. Es wurde daher folgender Schiedspruch gefaßt:

1. Der zur Zeit geltende Lohnsatz bleibt bis zum 16. November 1930 voll inhaltlich in Kraft.
2. Die bisherigen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um 3 Proz. gekürzt.
3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 15. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere 3 Proz. für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 5 Proz. für alle übrigen Gruppen.
4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat auf den morgigen Dienstag eine außerordentliche Beiratsitzung einberufen, um zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen. Der „Vorwärts“ nennt den Schiedspruch „einen Schlag gegen die Arbeiter und das Schlichtungswesen“ und kündigt an, daß man zum Kampf gegen den Schiedspruch rüste, der am 1. Juli 1931, an dem der Schiedspruch abläuft, beginnen solle.

Englische Stimmen

W.B. London, 10. Nov. (Tel.) „Daily Telegraph“ und „Daily Mail“ befassen sich lebhaft mit dem Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie, wobei allerdings eine gewisse Tendenz in den Überschriften zum Ausdruck kommt, die bei beiden Blättern etwa auf die Formel abgestellt sind: „Deutschland versucht, den Weltmarkt zu erobern“. „Daily Telegraph“ nennt den Spruch ein Ereignis von der höchsten wirtschaftlichen Bedeutung für ganz Europa und den ersten größten entscheidenden und vorbildlichen Schritt zu einer allgemeinen Lohn- und Preisfestlegung, die, wie man erwartet, bald wesentlich die Kosten industrieller Produkte in Deutschland herabsetzen wird. Wenn dies erreicht werde, so werde Deutschland ein gefährlicherer Konkurrent als je auf den umkämpften ausländischen Märkten werden, und der Arbeitslosigkeit würde damit ein Schlag verfehlt werden.

„Daily Mail“ sagt, es sei zweifellos, daß die Arbeiter in anderen deutschen Industrien dieselben Opfer bringen müssen wie die Metallarbeiter. Diese Opfer werden eine große Rolle im Feldzug um die Wänderung des Youngplans spielen, und die Regierung ist sich dessen voll bewußt.

3 253 000 Arbeitslose im Reich

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober hat die zweite Hälfte des Monats Oktober die Arbeitslosenversicherung wie im Vorjahr mit einem Zustrom neuer Hauptunterstützungsempfänger belastet. Der Zugang von rund 70 000 (i. V. 105 000), zu dem noch ein Mehr von rund 22 000 (7000) Krisenunterstützte hinzukommt, brachte die Gesamtzahl der Unterstützten in beiden Einrichtungen auf rund 2 072 000, wovon rund 1 561 000 auf die Arbeitslosenversicherung, 511 000 auf die Krisenunterstützung entfallen. Die Meldungen von Arbeitsuchenden bei den Arbeitsämtern beliefen sich am 31. Oktober auf rund 3 253 000. Setzt man von dieser Zahl diejenigen ab, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt sind, so verbleiben etwa 3 253 000 oder rund 1 360 000 mehr als am vorigen Stichtage, die als arbeitslos angesehen werden müssen. Auch diesmal ist ein Teil der Zunahme auf die fortschreitend bessere Erfassung der Wohlfahrtsverwerbslosen zurückzuführen.

Badisches Landestheater

„Die Liebesprobe“ — „Josefshilde“

Am Samstagabend hat die Landesbühne ihren ersten dieswintlichen Tanzabend mit einer Uraufführung eingeleitet. Der Versuch galt der Wiedererweckung eines einstigen Ballettdivertissements von Mozart, das das Stückchen zum Fasching 1791 geschrieben haben soll. Die Musik, bestehend aus 15 Nummern, von denen 6 Kontertänze schon immer bekannt waren, ist samt Textbuch und vollständigen Orchesterstimmen von dem emeritierten Opernkapellmeister Ludwig Seib (München) während Katalogisierungsarbeiten bei dem 1815 gegründeten „Steierischen Musikverein“ neu entdeckt worden und hat dann durch den Grazer Prof. Dr. Roderich Mojsibovics auch gleich eine andere Sondernunterlage erhalten, da er glaubte, die alte mit einer Verkleidungsformide verbundene Werbergeschichte stöße in der Gegenwart auf kein Interesse mehr. Gottlob hat aber Harald Josef Fürstenau, dem die choreographische Bearbeitung an unserem Theater oblag, sich dieser Auffassung nicht angeschlossen und statt des neuen Titels „Die Liebesprobe“ oder „Chun-Jang, die treue Tänzerin“ (einem japanischen Märchen in 5 Bildern) aus dem Originaltext, der vermutlich ebenfalls von Mozart selbst stammen dürfte, unter der zwar etwas umständlichen Überschrift „Die Rekrutierung oder die Liebesprobe“ serviert. Damit ist, man darf das ohne weiteres sagen, ein verschollenes und längst vergessenes Mozart-Werkchen der Bühne zurückgegeben worden, das ihr nicht nur seiner wunderbar heiteren und beschwingten Musik wegen zu einigem Vorteil gereichen wird. Denn mag auch sein pantomimischer Inhalt uns gar zu sehr der Mode der damaligen Zeit entsprechend dünken und nichts weiter als eine klassizistisch-höfliche Unterhaltungsangelegenheit sein, so rankt er gleichwohl um das lustige Liebesgetübel der Fieseln und des Fiesels ein buntes Gewebe, das zu allerlei tänzerischen Gebilden und Gruppen Anlaß bietet. Und kommt dazu, wie es bei der hiesigen Uraufführung der Fall war, eine lebendige Phantasie, ein ausgesprochener Sinn für bildhafte Wirkung und eine starke Ausdruckskraft in der gesamten Bewegung, dann wird der äußere Erfolg ebenso gesichert und das heißt immerhin bedeutend sein.

Nach dem anmutigen, unschuldig-harmlosen 20-Minuten-Auftakt ließ man ein modernes Tanzwerk folgen, das in mander Beziehung geradezu ein Gegenstück ist. Wir kannten bisher die finnische Schwärze der „Josefshilde“ von A. Strauß nur in der Darstellung mit Tril Gadeslow und der Schwaninger als prominentem Solotänzerpaar und somit in einer Wiedergabe, die vor allem auf die Kunst dieser beiden Gäste beruhte und durch ihren tänzerischen Ruhm bedingt war. Erstmal ging man jetzt dazu über, die Geschichte von der Lodung der Potipharfrau, die dadurch zur Legende erhöht wird, daß

Zur Reichstagswahl in Baden

VI.

Deutschnationale Volkspartei

(Christliche Volkspartei in Baden)

P.-A. Diese Partei erhielt bei der Reichstagswahl vom 14. September insgesamt 32 688 Stimmen, d. h. 2,8 v. H. sämtlicher gültig abgegebenen Stimmen.

Sämtliche Amtsbezirke weisen deutschnationale Stimmen auf. Die größte Zahl von Stimmen erhielt die Partei im Amtsbezirk Karlsruhe, nämlich 4284; im Amtsbezirk Pforzheim lauteten 3529 Stimmen auf sie, im Amtsbezirk Freiburg 2835, im Amtsbezirk Mannheim 2299, im Amtsbezirk Heidelberg 2163. Zwischen 1000 und 2000 Stimmen brachte die Partei dann noch in den Amtsbezirken Konstanz, Emmendingen, Bretten und Nastatt auf. Unter 500 blieb dagegen die Stimmenzahl in 24 Bezirken; am geringsten war sie in den Bezirken Mefkirch (97) und Pfäfersdorf (119).

Setzt man die Zahl der für die Partei abgegebenen gültigen Stimmen ins Verhältnis zur Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen, so ergibt sich, daß die Partei am stärksten im Amtsbezirk Bretten vertreten ist, dort entfielen 10,0 v. H. sämtlicher Stimmen auf sie. Alle anderen Bezirke stehen weit dahinter zurück. Im Amtsbezirk Pforzheim machten die deutschnationalen Stimmen 5,6 v. H. aller Stimmen aus, im Amtsbezirk Wertheim 5,3 v. H., im Amtsbezirk Emmendingen 4,6 v. H., im Amtsbezirk Buchen 4,4 v. H., im Amtsbezirk Freiburg 4,0 v. H. Dem gegenüber konnte die Partei im Amtsbezirk Waldshut nur 1,0 v. H. aller Stimmen auf sich vereinigen, im Amtsbezirk Bruchsal 1,1 v. H.

In 1338 Gemeinden wurden Stimmen für die Partei abgegeben, darunter in 28 je 100 bis 500 Stimmen, in einer zwischen 500 und 1000 Stimmen (Baden) und in 6 über 1000 Stimmen, nämlich in Pforzheim 2848, in Karlsruhe 2378, in Freiburg 1919, in Mannheim 1891, in Heidelberg 1465, in Konstanz 1066. In zwei Gemeinden (Sprantal, Amtsbezirk Bretten, und Graden, Amtsbezirk Karlsruhe), ist die deutschnationale Volkspartei die stärkste Partei.

Setzt man auch hier die Zahl der für die Partei abgegebenen Stimmen ins Verhältnis zur Gesamtzahl der gültig abgegebenen Stimmen, so zeigt sich, daß die Partei in keiner Gemeinde die Hälfte aller Stimmen auf sich vereinigen konnte. Am stärksten vertreten ist sie in der Gemeinde Sprantal, Amtsbezirk Bretten, wo 46,8 v. H. aller Stimmen auf sie entfielen; in der Gemeinde Neichenbuch, Amtsbezirk Mosbach, erhielt sie 33,7 v. H. aller Stimmen, in der Gemeinde Sachsenflur, Amtsbezirk Tauberbischofsheim, 31,6 v. H. Zwischen 20 und 30 v. H. aller Stimmen lauteten weiterhin auf sie 11 Gemeinden, zwischen 10 und 20 v. H. in 50 Gemeinden mit mehr als 10 v. H. deutschnationalen Stimmen liegen 11 im Amtsbezirk Bretten, je 8 in den Amtsbezirken Emmendingen und Karlsruhe, je 5 in den Amtsbezirken Buchen und Freiburg.

Keine Stimmen erhielt die Partei in 188 Gemeinden.

Gegenüber der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 haben sich folgende Veränderungen ergeben:

1. Im Jahr 1928 erhielt die Partei 74 012 Stimmen, dieses Mal 32 688. Damals machte diese Stimmenzahl noch 8,1 v. H. sämtlicher Stimmen aus, heute 2,8 v. H.
2. Die Zahl der Amtsbezirke mit über 1000 deutschnationalen Stimmen ist von 21 auf 9 gesunken.
3. Im Jahr 1928 war die Partei noch in 2 Amtsbezirken (Bretten und Sinsheim) die stärkste Partei, heute in keinem mehr.
4. Im Jahr 1928 hatte die Partei noch in 11 Bezirken 10 und mehr v. H. aller Stimmen bekommen, dieses Mal in einem.
5. Im Jahr 1928 wurden in 1353 Gemeinden Stimmen für die Partei abgegeben, dieses Mal in 1338.
6. Im Jahr 1928 hatte die Partei in 62 Gemeinden über die Hälfte aller Stimmen erhalten, dieses Mal in keiner. In der Gemeinde Sprantal, in der damals 95,8 v. H. aller Stimmen auf die Partei lauteten, entfielen dieses Mal nur 46,8 v. H. auf sie. Gleichgeblieben ist die Zahl der Gemeinden mit über 1000 Stimmen. Allerdings ist in der Stadt mit der Höchststimmengahl (Pforzheim) die

Zahl der deutschnationalen Stimmen von 5509 auf 2848 gesunken.
7. Im Jahr 1928 erhielt die Partei in 176 Gemeinden keine Stimmen, dieses Mal in 188.

Gründung der Staatspartei

Dietrich Vorsitzender

Auf dem Demokratischen Parteitag in Hannover wurde am Samstag nach teilweise stürmischen Auseinandersetzungen der Antrag des Parteivorstandes auf Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei und Überführung der Parteiorganisation in die Deutsche Staatspartei mit allen gegen 16 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich wurde am Sonntag bei Anwesenheit von 800 Delegierten auf dem Parteitag der Deutschen Staatspartei, der unter den Fahnen Schwarz-Rot-Gold abgehalten wurde, mit allen gegen 22 Stimmen zum Parteivorsitzenden gewählt. Der Parteitag nahm das Resultat mit stürmischen Beifallskundgebungen entgegen.

Reichsfinanzminister Dietrich sprach am Abend in der Stadthalle in Hannover zur Lage. Die Meinung, der Staat könne alle Leiden heilen, sei überspannt worden und drohe, den Staat zum Erliegen zu bringen. Schimmer noch ist die geistige Verwirrung. Die Selbstdisziplin ist verlorengegangen. Der Eintritt der Frauen in das Parlament brachte ein neues, unübersehbares Moment, und das erteilte Wahlrecht hat bewirkt, daß die Beamtenpolitik und wirtschaftliche Korruption haben verheerende Folgen gehabt. Mit Schlagworten wie Marxismus und Antimarxismus kann die Lage nicht beseitigt werden. Monopolistische Syndikate kann der Staat nicht frei schalten und walten lassen. Im übrigen aber sind die Erhaltung des selbständigen Unternehmertums und vor allen Dingen des Mittelstandes im Gewerbe, Handel und Landwirtschaft die vorrangigsten Aufgaben. Dabon hängt das Wohl und Wehe der Angehörten, Arbeiter und Beamten ab. Die wichtigste Aufgabe ist die Erziehung zur Volksgemeinschaft und zur staatsbürgerlichen Pflichterfüllung, zur Staatsidee. Diese aber ist der Gedanke des deutschen Nationalstaates. Jede andere Staatsidee stößt Österreich endgültig ab und zerreißt die Verbindung mit den von uns getrennt lebenden Europadeutschen. Weil wir aber für die Staatsidee alle Volksgenossen brauchen, muß der Staat demokratisch sein.

Der Redner, der auch für den Einheitsstaat eintrat, verbreitete sich dann über seine Finanzpolitik, die ein Gebot der Not und nur zu vertieren sei aus der Tatsache, daß eben die Mittel zur Weitergewährung der Bezüge nicht ausreichen. Die Grundidee sei die Wiederherstellung des Vertrauens und damit Behebung der Wirtschaft auf dem Binnenmarkt sowie auf dem Weltmarkt. Die Deutsche Staatspartei wolle die Partei des heutigen Staates sein. Sie ziehe einen scharfen Strich wirtschaftlich gegen den Sozialismus, politisch gegen diejenigen, die die Republik bekämpfen. Sie wolle nicht die Fortsetzung einer alten Partei sein. Sie wolle sozial die Bekämpfung der kraßen Gegensätze und anständige politische Sitten. Unser Ideal ist ein freier, mächtiger sozialer deutscher Staat, und um diesen wollen wir kämpfen.

Gemeindewahlen in Oldenburg

Die Stadtratswahlen in der Stadt Oldenburg hatten folgendes Ergebnis:

Sozialdemokraten 4410 (letzte Reichstagswahl 6778) Stimmen
10 Mandate, Nationalsozialisten 10 487 (8525) Stimmen 18 Mandate, Kommunisten 1672 (2282) Stimmen 2 Mandate, Deutschnationale 2195 (1738) Stimmen 3 Mandate, Oldenburgische Arbeitsgemeinschaft 2503 (6228) 4 Mandate, Wirtschaftsgruppe 8 (8), Landbund 1 (2).

Stadt Delmenhorst: Soz. 10 Sitze (16), Nationalsoz. 6 Sitze (—), Komm. 8 Sitze (1), Bürgerl. Einheitsl. 11 Sitze (15). Die bürgerliche Einheitsliste umfaßt alle Mittelparteien, die bei der Reichstagswahl mit eigenen Listen aufgetreten waren.

Stadt Nürtingen: Soz. 13 Sitze (16), Nationalsoz. 8 Sitze (1), Komm. 2 Sitze (1), Bürgerl. Front 3 Sitze (0), Zentrum 0 Sitze (—).

den Knaben Joseph vor dem Opfer seiner Reinheit schließlich eine apothosenhafte Himmelfahrt rettet, ganz vom eigenen Personal spielen zu lassen. Das war zweifellos ein Wagnis, aber es gelang allerdings in dem Verhältnis, daß zur minder bedeutsamen Körperlichkeit der zwei Hauptakteure nun die mimische Plastik des Ganzen um so deutlicher hervorwuchs. Das ist vielleicht bei einem Stück, das überhaupt mit besonderer Mühsicht auf bestimmte Künstler (nämlich für die Jagdtruppe) geschrieben wurde, von einem äußeren Nachteil, andererseits aber doch auch ein innerer Gewinn, wenn es z. B. bei der Figur des Joseph nicht mehr allein auf ein möglichst weites Springen und Fliegen ankommt. Harald Josef Fürstenau hat jedenfalls trotzdem das dreigestufte Wesen dieses Jünglings, seine Wandlung vom artigen Hirtensknaben zum kraftbeschwingten Helden und bezückten Heiligen recht eindringlich geäußert, und auch Emmy Ladner als anfänglich unnahbar stolzes, dann lästernes und endlich gerinnliches und gedemütigtes Königsnähe bot eine Leistung, die unerwartet imponiert war. In der übrigen Besetzung fiel der Brautjungfer der Entschleierten sowie der gymnastisch sehr wirksam gesteigerte türkische Faustkampf recht vorteilhaft auf, nicht minder war der Tanz der Sulamith (Elsriede Kahlmann) in seiner Symbolik der glühendsten Liebessehnsucht von harter Wirkung. Beiden Werken des Abends lieb vom Dirigentenpaar aus Rudolf Schwarz viel Feinheit und federnde Kraft. Die von ihm bewirkte rhythmische Präzision des orchesterlichen Rhythmusapparates bei Strauß namentlich verursachte mit den lebhaften Beifall, den das Werk abermals hier auslöste.

Städtisches Konzerthaus Karlsruhe

„Meine Schwester und ich“

Eine moderne Operette, die ganz anders ist als der übliche Schmaß! Eine etwas romantische, aber doch recht sinnvolle und lehrreiche Begebenheit, aus der viele Ehepaare lernen können; nämlich die Einsicht, daß man aufeinander Rücksicht zu nehmen hat, und daß vor allem eine reiche Frau ihrem Manne immer noch die Möglichkeit lassen sollte, eigene Erwerbsarbeit zu verrichten und daraus Selbstbewußtsein und Glück zu gewinnen. Weiter wollen wir von der Handlung nichts verraten. Sie ist ebenso amüsanz wie überraschend, und das Ganze ist nach einem Stück der Franzosen Berr und Verneuil von Robert Blum so geschickt zurechtgemindert worden, daß das Publikum aus der Spannung und aus dem Lachen nicht herauskommt.

Die Gesangsstücke und die Musik sind von Ralsh Benakht, einem unserer schmissigsten und melodienreichsten Komponisten des leichten Genres. Es ist eine einnehmende und liebenswürdige, dann aber auch wieder einschmeichelnde Mu-

fik. Und Herr Joseph Keilbert interpretierte sie mit Hilfe der hiesigen Polizeikapelle in besonders pader Weise. Ulrich von der Trenk hatte das Stück in Szene gesetzt und alles getan, um der Aufführung den Erfolg zu sichern.

Allerdings wäre ihm trotz aller Bemühungen ein derartig glänzender Erfolg nicht beschieden gewesen, wenn nicht alle Mitwirkende sich mit einer solchen Freudigkeit und einem so großen Können in den Dienst dieser ändernden Novität gestellt hätten. An der Spitze der Mitwirkenden stehen die beiden Hauptpersonen, Herr Kloeble als Doktor Fleuriot und Fräulein Seiberlich als Prinzessin. Emmy Seiberlich erledigte ihre Aufgabe mit vollendeter Grazie, mit viel Temperament und Schallhaftigkeit und gesanglich mit jener geläuteten Sicherheit, die diese begabte Sängerin auszeichnet. Alfons Kloeble, schon an und für sich eine Säule unseres ganzen Schauspielens, hat sich diesmal schier selbst übertrifft, indem er nun auch auf dem Gebiet der Operette als regelrechter Operettentenor das Publikum mit seiner schönen und geschmeidigen und einer ganz und gar operettentypischen Darstellung übertraf. So war der Kontakt zwischen Bühne und Publikum sehr rasch hergestellt. Und nicht das mindeste erinnerte daran, daß wir es bei dieser Leistung Kloebles eigentlich mit einem Mitglied des Schauspielers zu tun hatten, von dem man gefangene Leistungen so feinsinniger und mitfortschrittlicher Art zunächst gar nicht erwarten kann. Kloeble ist der geborene Operettentenor, liebenswürdig und gewandt, gefühlvoll und doch nie von läblicher Sentimentalität, frisch und natürlich. Im übrigen tadellos angezogen und wirklicher Cavalier.

Neben ihm bewährte sich Hermann Brand — gleichfalls in vorbildlichem Dreh — als ungarischer Graf Lach. Auch hier blieb die Kunst humorvoller und feinnuancierter Darstellung zu bewundern. Und auch als Tänzer feierte Hermann Brand Triumphe. Seine Partnerin war Fräulein Jant als Verkäuferin Irma. Sie offenbarte gleichfalls eine prächtige Begabung für das Operettentanz. Köstlich war Herr Paul Müller als Filoel, Inhaber eines Schuhgeschäfts; und mit gelassener Würde verkörperte Herr Bräter den Gerichtspräsidenten.

Das Publikum nahm das Stück mit außergewöhnlich starkem Beifall auf. Die meisten Schläger wurden zugegeben werden. Und es herrschte eine Stimmung, die schon heute die Prophezeiung rechtfertigt, daß diese Operette „Meine Schwester und ich“ ein Kassensukzesse werden wird.

Prof. Dr. Hellpach in Frankreich. Prof. Dr. Hellpach wird am 6. Mai in der Sorbonne in Paris über das Thema „Deutschland seit 1918: Das Volkstum — Die Staatsordnung — Die geistigen Kräfte“ sprechen. Prof. Dr. Hellpach wird diesen Vortrag auch in französischer Fassung an zwei französischen Landesuniversitäten wiederholen.

kurze Nachrichten

Zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen Marineangehörigen haben die Schiffe und Fahrzeuge der Marine beim Passieren der Ehrenmale in der Kieler Förde eine Ehrenbezeugung durch einmaliges Dippen der Flagge zu erweisen.

Zu politischen Zusammenkünften kam es am Sonntag in Stuttgart anlässlich kommunistischer Kundgebungen, die von der Polizei verboten worden waren. Eine Reihe von Personen wurden verhaftet. In dem Vorort Juffenhäuser kam es in einer nationalsozialistischen Versammlung zu einem Handgemenge mit Kommunisten, bei dem es auf beiden Seiten Verletzte gab.

Schulz und Klapproth im Vorstand der Nationalsozialistischen Partei. Wie die „Bayer. Staatsztg.“ meldet, sind die aus den Femeprozessen bekannten Oberleutnant Schulz und Feldwebel Klapproth in den Vorstand der NSDAP. berufen worden. Sie sollen später Posten als sogenannte Stabartenführer in Ostdeutschland erhalten.

Gehaltsstarifverhandlungen im Bankgewerbe. Der Reichsverband der Bankleitungen hat die beteiligten Organisationen für den 18. November zu Verhandlungen über die mit dem bevorstehenden Ablauf des Vertrages zusammenhängenden Fragen eingeladen. Der Reichsstarifvertrag für das Bankgewerbe besteht seit dem 1. August 1920. Die mit dem 31. Dez. 1930 zu Ende gehende Verlängerung war die 18. und wurde im April 1929 vereinbart.

10 Jahre GDA. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA.) begeht am 12. November das Jubiläum des 10jährigen Bestehens. Hervorgegangen aus dem kaufmännischen Verein von 1774 Breslau, dem Kaufmännischen Verein 1858 Hamburg, dem Verein der deutschen Kaufleute 1878 Berlin, dem Verband deutscher Handlungsgehilfen 1881 Leipzig, dem Deutschen Angestelltenbund 1919 Magdeburg, steht der Verband heute auf freiwirtschaftlicher Grundlage. Die moderne Organisationsform mit mehr als 110 Geschäftszweigen und über 1500 Ortsgruppen dient der Vertretung von annähernd 350 000 Mitgliedern.

Produktionsherabsetzung durch das Internationale Stahlkartell. Das Stahlkartell hat, wie aus Luxemburg gemeldet wird, endgültig einer Herabsetzung der Produktion um 25 Proz. zugestimmt.

Die Diktatur im Memelland. Der Hauptschriftleiter des Memeler Dampfbootes, M. Kattis, ist von dem litauischen Gouverneur des Memelgebietes wegen angeblicher Verstöße gegen die Vorschriften über die Pressezensur mit einer Geldstrafe von 2000 Lit. (850 M.) bzw. einem Monat Gefängnis bestraft worden. Hieraus ist zu ersehen, daß die Pressezensur weiter mit aller Schärfe durchgeführt wird, obwohl sie nach den Genfer Vereinbarungen aufgehoben werden sollte.

Kleine Chronik

Der frühere Direktor der Südwestdeutschen Bank, Sauerbrey, ist, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, nach Erlangung einer Sicherheitsleistung von dem Untersuchungsrichter aus der Haft entlassen worden.

Am Samstagabend wurde der 60 Jahre alte Vize der Deutschen Volkspartei in Essen von einem unbekanntem jungen Mann niedergeschlagen. Der Täter entriß ihm die Aktenmappe mit 10 700 M. und entfloh.

In Bergheim (Eifel) hat der Kriegsinvalide Joseph Weil in Abwesenheit seiner Frau, seine vier Kinder mit der Axt erschlagen. Das älteste war 8 Jahre alt. Der Vater brachte sich danach lebensgefährliche Verletzungen bei. Finanzielle Schwierigkeiten sollen ihn zu der graufigen Tat getrieben haben.

In Wien betrat der 27jährige Tierwärter Max Wilban am Sonntag einen Löwenterrarium, den der Schauwächter Wachmann vorübergehend auf einem Hof in der Laibade untergestellt hatte. Richtig fielen die Löwen über ihn her und zerfleischten ihn. Er starb im Krankenhaus.

Badischer Teil

Kellerwirtschaftskurs des Badischen Weinbauinstituts

Vom 1. bis 8. Dezember hält das badische Weinbauinstitut in Freiburg im Peterhof einen dreitägigen Kellerwirtschaftskurs ab, um Winzern, Küfern, Birten und sonstigen Interessenten Gelegenheit zu geben, sich mit den neuen Methoden der Weinbereitung und Weinbehandlung vertraut zu machen. Die Erfolge der früheren Kurse haben den Wert solcher Veranstaltungen bewiesen.

Ausbildungskurse für Hebammen

P.-A. Der nächstjährige Ausbildungskurs für Hebammen an der Landesfrauenklinik in Karlsruhe und an den Hebammenschulen in Freiburg und Heidelberg beginnt am 2. Januar 1931. Gesuche um Zulassung zum Unterricht an einer der drei Hebammenschulen sind bis 1. Dezember 1930 an die Direktion der Landesfrauenklinik in Karlsruhe, Kaiserallee 10, zu richten. Es werden zur Ausbildung für den Hebammenberuf nur Schülerinnen zugelassen, welche das 20. Lebensjahr zurückgelegt und das 30. noch nicht überschritten haben. Hierüber ist ein amtlich beglaubigter Geburtschein zu erbringen. Ferner ist dem Gesuch ein Zeugnis des für den Wohnort der Bewerberin zuständigen Bezirksarztes über die erforderliche körperliche und geistige Tauglichkeit zum Hebammenberuf und ein von der Ortspolizeibehörde des Wohnorts der Bewerberin ausgestelltes Vermerkungszeugnis sowie eine Bescheinigung des zuständigen Bezirksamts beizulegen, ob in der Gemeinde, in der sich die Hebamme als Schülerin niedergelassen beabsichtigt, ein dringendes Bedürfnis hierfür vorliegt.

Bewerberinnen, die ihren Wohnort nicht in Baden haben, sind von der Teilnahme an einem Hebammenausbildungskurs ausgeschlossen.

Die Indienststellung des Großsenders Mühlacker

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Indienststellung des Großrundfunksenders Mühlacker ist nunmehr auf Freitag, den 21. November, in Aussicht genommen. An diesem Tage, abends 7.45, wird der Großsender zum ersten Male das Abendprogramm des Süddeutschen Rundfunks übernehmen. Im Hinblick auf den Ernst der Zeit wird von Feierlichkeiten aus Anlaß der Indienststellung des Großsenders Abstand genommen werden. Da der Großsender in der ersten Zeit seines Versuchsbetriebes tagsüber zu Betriebsmessungen und Beobachtungen benötigt wird, muß das Tagesprogramm des Süddeutschen Rundfunks vorerst noch über den Stuttgarter Sender abgewickelt werden. Die abendliche Sendefolge wird in der Regel über den Großsender gehen. Beide Sender werden zunächst, jedoch nie gleichzeitig, auf der Stuttgarter Welle arbeiten.

Vom Kraftwert Altbrenn-Dogern

Die für den Ausbau des Großkraftwerkes Altbrenn-Dogern angefertigten Pläne haben infolge einer Änderung erfahren, als nun die Maschinen für eine Wassermenge von 750 cbm/Sec. auf eine Leistung von 900 cbm/Sec. erweitert werden. Die dadurch mehr erzielte elektrische Kraft wird von dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk zu den gleichen Bedingungen abgenommen. Die Vantosten für das Kraftwerk werden durch diese Vergrößerung etwas vermehrt, und zwar von 52 Millionen Franken auf 58 Mill. Franken. Das Aktienkapital ist infolgedessen auf 20 Millionen Franken erhöht worden.

Aus den Parteien

Die Wirtschafts- und Bauernpartei. Die durch einen Teil der Presse gegangene Nachricht, daß sich die Landtagsfraktion der Wirtschafts- und Bauernpartei aufgelöst habe, ist, wie man uns mitteilt, unzutreffend. Eine am Freitag im Landtagsgebäude stattgehabte Sitzung der Fraktion ergab die völlige Übereinstimmung sämtlicher sechs Fraktionsmitglieder über die weitere Zusammenarbeit in der bisherigen Form.

Hof Hitler in Offenburg. Hitler, der dieser Tage in Mannheim sprach, sprach Samstagabend in Offenburg vor fast 10 000 Zuhörern. Er sagte unter anderem, die Tatsache eines schlechten Friedensvertrages sei nicht ausschlaggebend für den gegenwärtigen Zustand, sondern die Zerbrechung der Nation in zwei Klassen: in die des marxistischen Proletariats und des nationalen Bürgertums. Der Nationalsozialismus vereinige die beiden Ideen miteinander. Hitler war bei seiner Ankunft und Abfahrt Gegenstand begeisterten Ovationen.

Aus der badischen Industrie

Starker Bierabsturzgang in Baden. Nach der gollantlichen statistischen Feststellung ist der Bierabsturzgang der badischen Brauereien im letzten Vierteljahr vom 1. Juli bis 30. September um über 26 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen. Damit steht Baden weit über dem Reichsdurchschnitt. Nur Hessen, Hessen-Nassau, Brandenburg (ohne Berlin) und Ostpreußen haben gleiche Rückgänge zu verzeichnen.

Aus der Landeshauptstadt Der Zeppelin-Besuch in Karlsruhe

Zum ersten Male nach dem Kriege hat wieder ein „Zeppelin“ eine Landungsfahrt auch nach der Hauptstadt Badens unternommen. Daß es sich um ein so außerordentlich vervollkommenes Luftschiff wie den „Graf Zeppelin“ handelte, das so gewaltige Leistungen hinter sich hat, rechtfertigte das große Interesse und den starken Besuch von auswärts. Im Straßenbild waren den Trachten aus den verschiedenen Teilen des Landes zu bemerken.

Nachdem die beiden letzten fürnischen Regentage die seit langer Zeit geplante Fahrt nach Karlsruhe sehr in Zweifel gesetzt hatten, war am Sonntagvormittag die Wetterlage für die Fahrt günstiger geworden, so daß das Luftschiff in den frühen Morgenstunden in Friedrichshafen startklar gemacht werden konnte. Um 10 Uhr erfolgte der Aufstieg mit 22 Passagieren, und schon gegen 12 Uhr erreichten das herrliche, silberglänzende Luftschiff über den Ettlinger Bergen. Es fuhr gerad östlich von Karlsruhe weit nach Norden, wandte sich dann mehr westwärts, dem Rheine zu, wendete wieder etwa bei Rappentoch und erschien um 1 Uhr in niedriger Höhe über der Landeshauptstadt, um dann um 1.35 Uhr unter dem Jubel einer nach vielen Tausenden zählenden Menge auf dem Karlsruher Flugplatz glatt zu landen. Um 13.32 Uhr schwebte das Luftschiff dicht über dem Boden, die Halftaue wurden herabgelassen, von der starken Abteilung Polizei ergriffen, und unter den brausenden Zurufen der das ganze abgeperrte Flugfeld säumenden vielen Tausenden (schätzungsweise waren es 60-70 000 Zuschauer in der nächsten Umgebung, während die Dächer in der Umgegend weithin ebenfalls dicht besetzt waren), landete das Luftschiff in wenigen Minuten (13.35 Uhr) vollkommen glatt und sicher, trotz des ziemlich starken Bodenvindes, der inzwischen aufgekommen war. Inzwischen waren die geladenen Ehrengäste an das Schiff herangeführt worden und der Gondel entstiegen einige Passagiere, darunter auch zwei Vertreter Karlsruher Blätter. Herr Jajon übermittelte dem Vorsitzenden des Karlsruher Luftfahrtvereins, Herrn Spitzhagen, herzliche Glückwünsche zu dem 20jährigen Bestehen des Vereins und zu seiner Initiative zur Herunft und Landung des „Graf Zeppelin“ auf Karlsruher Boden, teilte aber gleichzeitig mit, daß Kapitän Lehmann das Schiff nicht glaube verlassen zu dürfen angesichts der Bodenvinde.

Dennoch erschien dieser wenige Minuten später unter den Ehrengästen, wo er vom Staatspräsidenten Dr. Schmitt, Oberbürgermeister Dr. Finter, Innenminister Wittenmann und Professor Paulke von der Technischen Hochschule mit kurzen Ansprachen herzlich begrüßt und zu der Fahrt beglückwünscht wurde. Ein mächtiger Blumenstrauß mit Schleifen in den Landesfarben gab dem Gefühl der Dankbarkeit für den Besuch Ausdruck. Auf diese Ansprachen erwiderte Kapitän Lehmann ebenso herzlich, gab der Freude Ausdruck, mit dem Schiff der badischen Landeshauptstadt den versprochenen Besuch abstaten zu können, bedauerte aber gleichzeitig, schon nach kurzer Zeit wieder aufsteigen zu müssen, da er bei dem aufkommenden Bodenvind das kostbare Luftschiff nicht unnötig einer Gefahr aussetzen dürfe. Die Herren verweilten etwa 10 Minuten in angeregter Unterhaltung, während die übrigen Gäste das Luftschiff bestaunten und sich freuten, es in so kurzer Entfernung in Augenschein nehmen zu dürfen.

Als dann wurden die Vorbereitungen zum Wiederaufstieg getroffen. Einige neue Passagiere bestiegen die Gondel, darunter der badische Staatspräsident, der Karlsruher Oberbürgermeister, der badische Innenminister, Fabrikant Rees, Karlsruhe. Einige Kommandorufe, Abschiedswinken und freundliche Zurufe, und um 14 Uhr erhob sich das Riesenschiff ruhig und sicher wieder in die Luft, während die Polizeikapelle das „Deutschlandlied“ anschnitt und die Menge in brauender Zusage ausbrach. Noch etwa eine halbe Stunde lang kreuzte der „Graf Zeppelin“ über dem Flugfeld und trat dann um 14.30 Uhr die Rückfahrt an in südöstlicher Richtung, über den Schwarzwald hinweg. Nach wenigen Minuten bereits war es den Blicken hinter aufkommenden Wolken entschwunden.

Das Wetter hielt sich die ganze Zeit über von Regenschauern frei, obgleich sie hin und wieder heranzuziehen schienen. Die von auswärts verstärkte Polizei hatte umfassende Absperrungs- und Verkehrsmaßnahmen getroffen, so daß der gewaltige Verkehr sich glatt abwickeln konnte.

Zwei Verkehrsflugzeuge gaben dem Luftschiff bei der Ankunft wie bei der Abfahrt das Geleite, und ein Segelflugzeug der Akademischen Fliegergruppe der Technischen Hochschule Karlsruhe bereicherte mit seinen Flügen das Programm. Kurz vor der Ankunft des „Graf Zeppelin“ waren etwa 200 Brieftauben aufgeflogen worden, und eine Sternfahrt des Karlsruher Motorfahrvereins nach Karlsruhe hatte eine stattliche Zahl von Teilnehmern aufzuweisen.

Eine neue Erklärung der Karlsruher Stadtverwaltung

Auf die Berichtigung des Stadtverordneten Strickfaden erwidert die Stadtverwaltung in einer Zuschrift an die Presse: „Der Stadtverordnete Strickfaden versucht, von den Angriffen der „Mannheimer Arbeiter-Zeitung“ abzurücken, da er die Ausführungen dieser Zeitung offenbar als nicht durch das amtliche Material gedeckt ansieht. Gegen diese nachträgliche Erkenntnis wird man nichts einwenden. Die Stadtverwaltung muß aber ihre früher erhobene Behauptung über die Urheberhaft der Angriffe in der „Arbeiter-Zeitung“ auf Grund einmündiger Zeugnisaussagen aufrechterhalten. Desgleichen ist es der Stadtverwaltung nicht möglich, den Vorwurf zurückzunehmen, daß der Stadtverordnete Strickfaden sein Ehrenamt als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses mißbraucht hat. Noch weniger kann Herr Strickfaden die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Staatsaufsichtsbehörde ihn wegen Mißbrauchs seines Ehrenamtes als Stadtverordneter anlässlich eines privaten Geschäftes im Disziplinarwege rechtskräftig bestraft hat, ferner, daß er in einem Gerichtsverfahren, das er offenbar genötigt von seiner Partei, zu seiner Ehrenrettung angestrengt hat, unterlegen ist.“

Oberbürgermeister Dr. Finter übermittelt der Presse eine Erklärung, daß er willens sei, um nichts zur Aufklärung unversucht zu lassen, eine Untersuchung aller in Betracht kommenden Vorgänge durch eine außerhalb der Stadtverwaltung stehende Instanz herbeizuführen. „Die einzige Stelle ist die Disziplinarbehörde. Ich habe mich daher entschlossen, ein Disziplinarverfahren gegen mich zu beantragen, und werde dafür sorgen, daß das Ergebnis dieses Verfahrens der Öffentlichkeit mitgeteilt wird.“

Badisches Landestheater. Hebbels deutsche Tragödie „Die Nibelungen“ gelangt am Montag, dem 10. November, mit den beiden ersten Teilen „Der geborne Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“, und am Freitag dem 14. November, mit dem dritten Teil: „Kriemhilds Rache“ zur Wiederholung. Am Dienstag, dem 11. November, geht als Volksbühnenvorstellung Vorzugs komische Oper „Der Waffenschmied“ in Szene. Als Klassikerneueinstudierung gelangt am Mittwoch, dem 12. November, Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ nach mehrjähriger Pause zur ersten Wiederaufführung. Der Tanzabend mit Mozarts „Rekrutierung oder die Liebesprobe“ und der „Josephslegende“ von Richard Strauß kommt am Donnerstag, dem 13. November, zur zweiten Aufführung, und am Samstag, dem 15. November, wird das Lustspiel „Die Prinzessin und der Eintänzer“ von H. Engel und Alfred Grünwald wiederholt. — Am Sonntag, dem 16. November, geht im Landestheater Wagners „Lohengrin“ in Szene und im Konzertsaal gelangt die Operette „Meine Schwester und ich“ zur ersten Wiederholung. Als nächste Erstaufführung ist für Samstag, dem 22. November, die Komödie „Das Lamm des Arnen“ von Stefan Zweig in Vorbereitung.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Süddeutschland befindet sich seit Samstag am Rande einer großen über Nordeuropa liegenden Zyklone; steht aber teilweise noch unter dem Einflusse eines kräftigen Hochdruckgebietes, das sich von den Apenninen bis nach den Alpen erstreckt. Trotz Zufuhr maritimer Luft durch zeitweise stärkere Westwinde ist es daher nur noch vorübergehend zu leichteren Regenfällen gekommen. Über der Ebene liegt eine geschlossene tiefliegende Wolkenbede, während der Hochschwarzwald heiteren Hochdruckwetter mit Alpenlicht hat. Die Hochnebeldecke wird sich wahrscheinlich noch halten. Voraussage: Fortdauer des bestehenden in der Ebene trüben und auf dem Hochschwarzwald heiteren Wetters.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

Table with columns for date (10. November, 8. November) and city (Amsterdam, Kopenhagen, etc.) and exchange rates.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. November hat sich in der verkauften Bankwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 301,3 Mill. Reichsmark auf 4372,9 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 31,4 Millionen Reichsmark auf 407,0 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 20,5 Millionen Reichsmark auf 2399,2 Millionen Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 46,6 Proz. in der Vorwoche auf 49,9 Proz., diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 50,9 Proz. auf 54,9 Proz.

Die Großhandelsindexziffer ist gegenüber der Vorwoche um 0,2 auf 120,8 Proz. gestiegen.

Die Anleihe der Stadt. Werte Baden-Baden. Wie bekannt, haben die Städtischen Werke AG. (Stäwag) in Baden-Baden durch Vermittlung des Badenwerks ein Hypothekendarlehen in Höhe von 6 Millionen Reichsmark zu 7 Prozent netto Auszahlung erhalten, so daß der Stäwag nach Einzahlung des Aktienkapitals in Höhe von 3 Millionen Reichsmark insgesamt 9 Millionen Reichsmark zur Verfügung standen. Nach Zahlung des Kaufpreises an die Stadt Baden-Baden verblieben der Stäwag circa 2 Millionen Reichsmark, welche sie erst im Laufe der nächsten Jahre benötigt und daher gegen 7 1/2 Proz. Zinsen der Stadt Baden-Baden zur Verfügung stellte, und zwar in Beachtung des Gründungsvertrages, wonach flüssige Mittel der Stäwag jeweils der Stadt Sparkasse, d. h. der Stadt Baden-Baden, zuerst angeboten werden müssen. Demnach handelt es sich lediglich um eine Kapitalzweckanlage der Stäwag — und zwar zum Teil nur mit Gnanatiger Kündigung — und nicht, wie irtümlich in verschiedenen Zeitungen behauptet, um eine von der Anleiheberatungsstelle zu genehmigende Darlehensaufnahme der Stadt Baden-Baden.

Gebrüder Junghans, Schramberg. In der Aufsichtsrats-sitzung wurde die Gemeinschaftsbilanz der mit Wirkung vom 1. Juli 1929 fusionierten Gesellschaften, Gebrüder Junghans AG., Schramberg, Americanische Uhrenfabriken AG., Vereinigte Freiburger Uhrenfabriken AG. und der AG. für Uhrenfabrikation Lengkirch vorgelegt. Die Bilanz schließt mit einer Erhöhung des Gewinnvortrages von 346 000 auf 456 000 Reichsmark nach Abschreibung von 913 000 (438 000) Reichsmark. Das Aktienkapital von 20 Mill. Reichsmark bleibt also wieder dividendelos. Das unbefriedigende Ergebnis sei auf die bekannten allgemeinen wirtschaftlichen und konjunkturellen Verhältnisse zurückzuführen, die sich auch im Uhrengeschäft in gleicher Weise im Inland wie im Ausland auswirkten.

Kurze Nachrichten aus Baden

hpd. Mannheim, 9. Nov. Die Sammlung für die Rabiumspende, die der Landesverband zur Bekämpfung des Krebses in der Woche vom 9. bis 15. November in Baden veranstaltet, wird im Stadtgebiet Mannheim besonderer Umstände halber nicht zu dem angegebenen Zeitpunkt erfolgen, sondern erst zu einem späteren Termin, der frühzeitig bekanntgegeben wird.
hpd. Mannheim, 8. Nov. Das erweiterte Schöffengericht beurteilte den 26 Jahre alten händischen Kassierer Karl Daub von Schwellingen wegen Unterschlagung von Amtsgeldern zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr acht Monaten und Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre. Daub hatte im Mai d. J. insgesamt 6250 M anvertrauter Gelder unterschlagen und war damit nach Stuttgart, München und Freiburg i. Dr. geflüchtet.
hpd. Heidelberg, 8. Nov. Im großen Saal der Stadthalle fand am Freitagabend von über 2000 Studenten und Einwohnern besuchte Protestkundgebung gegen die Ernennung des Privatdozenten Dr. Gumpel zum außerordentlichen Professor der Universität Heidelberg statt. In der Entschließung wird die Entfremdung Gumbels von der Universität verlangt.
hpd. Adelsheim, 9. Nov. Dem vor kurzem aus dem Amte geschiedenen Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Bezirkspartafasse Adelsheim, Bürgermeister i. R. Gustav Herrmann, ließ der Verwaltungsrat durch seinen jetzigen Vorsitzenden, Bürgermeister Gutmann, Dank und Anerkennung aussprechen für die in seiner Amtstätigkeit um die Entwicklung der Bezirkspartafasse erworbenen Verdienste. Es wurde ihm eine geschmackvolle Ehrenurkunde überreicht.
hpd. Schönschwand, 10. Nov. In der vergangenen Nacht entstand in dem Anwesen der Witwe S. Kägele Feuer, das sofort auf die beiden angebauten Anwesen der Frau Billster übersprang und den langgestreckten Gebäudekomplex in kurzer

Zeit in Asche legte. Sämtliche drei niedergebrannten Häuser waren mit Schindeln bedeckt. Nahezu alles verbrannte. Das Kurhaus war lange Zeit in Gefahr, von den Flammen ergriffen zu werden, ebenso war der Kurpark gefährdet.

hpd. Konstanz, 9. Nov. Aus dem letzten Stadtratsbericht ist ersichtlich, daß in der seinerzeit gemeldeten Untersuchungsangelegenheit gegen zwei höhere städtische Beamte die Akten der Staatsanwaltschaft zugeleitet wurden, ehe sie im Dienstpolizeiausschuß und im Stadtrat weiterbehandelt werden sollten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die zwischen dem Eigentümer der abgeordneten Gemarung Schifferwald und der Gemeinde Forbach abgeschlossene Vereinbarung über die Vereinnahmung der abgeordneten Gemarung Schifferwald mit der Gemeinde Forbach wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 genehmigt.
Karlsruhe, den 8. November 1930.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:
Ernannt:
Hauptlehrer Anton Köhler in Emmendingen zum Rektor daselbst; Fortbildungsschullehrerin Sujanna Klupp in Mannheim zum Rektor daselbst.

Planmäßig angestellt:
Gewerbelehrer August Ummerhofer an der Gewerbeschule in Wiesloch als Gewerbelehrer daselbst.

Entlassen auf Ansuchen:
Professor Dr. Gaffinger an der Universität Freiburg i. Br.
Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:
Professor Julius Stern am Gymnasium Baden.

Ernannt:
Gerichtsassessor Dr. Friedrich Würty zum Finanzrat.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres (Mit Berücksichtigung des Wehrkreiskommandos V)
Mit Wirkung vom 1. November 1930 wurden befördert:

- zu Generalmajoren:
Oberst Kaupisch, Art.-Führer V;
Oberst Boehm-Zettelbach, Kommandeur des Inf.-Regiments 14;
zu Obersten:
Oberstleutnant Schellmann, Inf.-Regt. 15;
Oberstleutnant Freyher v. Weichs, Chef des Stabes der 1. A.-D.;
zum Oberstleutnant: Major Schweidhard, Inf.-Regt. 14;
zu Majoren:
Hauptmann Blum-Deforme, Inf.-Regt. 14;
Hauptmann Berlin, Art.-Regt. 5;
zu Hauptleuten:
Oberleutnant Stadthagen, Stab 5. Division, Oberleutnant Krauß, Inf.-Regt. 14;
zum Rittmeister: Oberleutnant Braubach, Reiter-Regt. 16;
zum Leutnant: Oberfeuerwerker Führer, Zeugamt Kassel.
Ausgeschieden:
die Leutnante: Lubin und Scheringer, Art.-Regt. 5.

Zentralhandelsregister für Baden.

Handelsregister entries for Baden-Baden, Bruchsal, Gengenbach, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Forzheim, and Weinheim. Each entry includes details such as company name, registration number, date, and legal status.



Badisches Landestheater
Dienstags, den 11. Nov. 1930
I. Novembervorstellung
Der Waffenschmied
Römische Oper von Vorzing
Dirigente: Krips
Mitwirkende:
Blatt, Haberhorn,
J. Gröninger, Rainbach,